

Brauchtum

Schützenfeste fallen erneut vielerorts aus

HANNOVER. Auch in diesem Jahr fallen in vielen Orten in Niedersachsen die Schützenfeste aus. Zwar sind trotz Corona-Pandemie inzwischen auch solche größeren Feste erlaubt, allerdings nur mit einem ausgearbeiteten Hygienekonzept. Gerade für die kleineren Schützenvereine sei dies oft unmachbar, sagte der Präsident des Niedersächsischen Sportschützenverbandes Wilfried Ritzke.

Das Schützenfest Hannover war bereits mehrere Wochen vor dem geplanten Start Anfang Juli von der Stadt abgesagt worden. Damit fiel das laut Veranstalter größte Schützenfest der Welt bereits zum zweiten Mal hintereinander aus. Die Landeshauptstadt stellte im vergangenen Jahr insgesamt 60 000 Euro für die Deckung der trotzdem laufenden Kosten zur Verfügung.

„Noch zu unsicher“

Im Landkreis Uelzen gibt es in diesem Jahr ebenfalls keine Schützenfeste. „Solche Veranstaltungen müssen rund ein halbes Jahr im Voraus geplant werden. Und zum damaligen Zeitpunkt war die Situation einfach noch zu unsicher“, sagte der zuständige Kreisschützenpräsident Jörg Martens. Auch im Kreis Holzminden fallen aller Voraussicht nach alle öffentlichen Schützenfeste aus. Im Raum Braunschweig haben bisher einige wenige kleinere Feiern stattgefunden. „Die kleineren Schützenvereine mit so zwischen 50 und 80 Mitgliedern haben vereinzelt interne Feste gefeiert“, so Henning Hermanns vom Kreisschützenverband. Eingeladen waren nur Vereinsmitglieder und ihre Familien. Bei den größeren Vereinen sei alles ausgefallen, weil für die Umsetzung der Hygienekonzepte oft Personal und Geld fehle.

Der Mitgliederschwund bei den Schützen sei, im Gegensatz zu anderen Sportarten, relativ gering, sagte Ritzke vom Niedersächsischen Sportschützenverband. Landesweit gehe man seit dem Beginn der Pandemie von einem Rückgang von etwa 2 Prozent aus. Befürchtet habe man in etwa das Doppelte. Da die Tradition in den Schützenvereinen immer noch eine große Rolle spiele, seien viele Mitglieder ihrem Verein auch durch die Corona-Zeit weiter verbunden. (Ini/tra)

Kompakt

Feuer zerstört Kita

Zwei Millionen Euro Schaden

ZEVEN. Beim Brand einer Kindertagesstätte im Landkreis Rotenburg ist ein Schaden von rund zwei Millionen Euro entstanden. Das Feuer war in der Nacht zum Sonntag in Zeven ausgebrochen, ein Anwohner alarmierte die Feuerwehr. Verletzt wurde niemand. Außer der Kindertagesstätte brannte auch eine angrenzende Bewegungshalle, teilte die Polizei mit. Die Kindertagesstätte wurde zerstört. Die Brandursache war zunächst unklar. (dpa/axt)

Reh löst Gefahrgut-Unfall aus

Fahrer prallt mit Lkw gegen Baum

GEESTLAND. Der Fahrer eines Gefahrgut-Transporters ist in Geestland (Landkreis Cuxhaven) mit seiner Zugmaschine gegen einen Baum geprallt und schwer verletzt worden. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht. Ein Wildwechsel löste nahe Neuenwalde den Unfall aus. Ein 37-jähriger Autofahrer erfasste mit seinem Wagen ein Reh. Das Tier wurde hochgeschleudert und prallte in die Windschutzscheibe des Sattelzuges. (dpa)



Aktivisten haben sich vor zwei Chemieunternehmen in Brunsbüttel auf die Gleise gelegt. Die Aktion war Teil des Protests von mehreren hundert überwiegend jungen Menschen des Bündnisses „Ende Gelände“ gegen ein geplantes Terminal für Flüssigerdgas (LNG). Foto: Walzberg/dpa

Aktivisten blockieren Gleise

Das Bündnis „Ende Gelände“ protestiert gegen ein Flüssigerdgas-Terminal in Brunsbüttel

BRUNSBÜTTEL. Sie sind jung und entschlossen: Mehrere hundert Demonstranten machen ihren Widerstand gegen den Bau eines Terminals für Flüssigerdgas in Brunsbüttel deutlich. Es geht ihnen um mehr als Klimaschutz.

Bei einer Demonstration gegen ein geplantes Terminal für Flüssigerdgas (LNG) in Brunsbüttel haben Aktivisten am Sonnabend Gleise in einem Industriegebiet besetzt und den Nord-Ostsee-Kanal mit Kanus blockiert. Nach Angaben der Organisatoren des Bündnisses „Ende Gelände“ wurden Schienen zu zwei Chemieunternehmen auf beiden Seiten des Nord-Ostsee-Kanals besetzt.

Mehrere Aktivisten befuhren den Kanal bei Hochdonn (Kreis Dithmarschen) mit Kanus und Kajaks. Der Schiffsverkehr wurde aus Sicherheitsgründen zunächst eingestellt. Am Abend war der Kanal dann wieder frei, wie ein Sprecher der Polizei sagte.

Die Staatsanwaltschaft Itzehoe sieht in der Kanalblockade laut Polizei eine Nötigung. Gegen die Beteiligten seien Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Nach Angaben der Aktivisten wurden 15 Teilnehmer zeitweise in Gewahrsam genommen.

Die Polizei zog am Sonntag nachmittag dennoch ein positives

Resümee des bis dahin noch gar nicht beendeten Einsatzes rund um die Proteste. Größere Auseinandersetzungen seien ausgeblieben, hieß es. „Die Proteste verliefen in der Gesamtheit vielfältig und friedlich.“ Gegen zwei Teilnehmer werde wegen Widerstands gegen Polizeibeamte ermittelt.

In Brunsbüttel ist der Bau eines Terminals zum Umschlag von verflüssigtem Erdgas geplant. Die Stadt liegt auf der schleswig-holsteinischen Seite der Elbmündung. Das südliche Ufer gehört zu Niedersachsen. In Brunsbüttel erreicht der Nord-Ostsee-Kanal die Elbe. In der Stadt gibt es mehrere Chemieunternehmen.

Mehrere Hundertschaften

Bereits zu Beginn des Aufzugs am Sonnabendvormittag hatten sich die Demonstranten auf einer Kreuzung niedergelassen und diese einige Zeit blockiert. Die Polizei war mit mehreren hundert Beamten aus verschiedenen Bundesländern im Einsatz.

Eine Sprecherin von „Ende Gelände“ warf dem Werkschutz eines Unternehmens vor, mit Steinen nach den Demonstranten geworfen zu haben. Die Polizei bestätigte am Sonntag den Vorfall und sucht Zeugen.

Rund 2000 Teilnehmer der Proteste hatten bereits vor dem Wochenende ein Zeltlager in einem Park der Stadt aufgebaut. Von dort aus machten sie sich am Sonnabendmorgen auf den Weg zur Fähre über den Nord-Ostsee-

» Die Proteste verliefen in der Gesamtheit vielfältig und friedlich.«

Ein Sprecher der Polizei Itzehoe

Kanal, der in Brunsbüttel die Elbmündung erreicht.

Die Aktionen standen unter dem Motto „Sauberes Gas ist eine dreckige Lüge“. Unterstützt wird „Ende Gelände“ im Widerstand gegen die Anlage von der Deutschen Umwelthilfe und dem örtlichen „Klimabündnis gegen LNG“.

Die Organisationen lehnen den Import von LNG angesichts des Klimawandels ab. Er widerspreche den Klimazielen und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz, sagte

Constantin Zenger von der Deutschen Umwelthilfe am Freitag. Er kündigte an, die Deutsche Umwelthilfe werde alle rechtlichen Mittel nutzen, um das Projekt zu stoppen. Es sei angesichts eines zurückgehenden Erdgasbedarfs nicht wirtschaftlich zu betreiben.

Die Demonstranten setzen sich auch gegen die Gewinnung von Erdgas mittels Fracking ein. Sie sehen darin eine Zerstörung der Lebensgrundlagen von Menschen in den betroffenen Gebieten und eine Fortsetzung des Kolonialismus.

Fracking zur Erdgasgewinnung wird unter anderem in den USA eingesetzt. Dabei wird Wasser – zum Teil mit Chemikalien versetzt – unter hohem Druck in gas-haltige Gesteinsschichten gepresst, um Risse zu erzeugen und so das Gas freizusetzen. Fracking steht wegen seiner Auswirkungen auf die Umwelt in der Kritik.

Die Kieler Koalition aus CDU, Grünen und FDP hatte das Projekt LNG-Terminal im Koalitionsvertrag verankert, ein Parteitag der Grünen rückte jedoch später davon ab. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) sagte, er wünsche sich, dass das Terminal möglichst von vornherein auf grüne Gase wie Wasserstoff ausgerichtet werde. (dpa/tom)

Marine-Inspekteur

„Wir müssen raus aus der Komfortzone“

ROSTOCK. Die Deutsche Marine braucht nach Ansicht ihres neuen Inspektors Kay-Achim Schönbach einen Motivationsschub, um auch künftig ihren Auftrag erfüllen zu können. „Wir müssen raus aus der Komfortzone“, sagte Schönbach der Deutschen Presse-Agentur. „Wir müssen raus aus dem gefühlten administrativen Beistehen der Bundeswehr hin zu einer stärker auf Einsatz und Bedrohung ausgerichteten Armee.“ Die Ausbildung müsse vor dem Hintergrund der Bündnisverteidigung forciert werden. „Es geht um das Thema Kämpfen und kämpfen können.“

Deutschland habe umfangreiche Bündnisverpflichtungen. „Wir schreiben uns auf die Fahnen, dass wir weltweit für Frieden, Freiheit und Durchsetzung von Menschenrechten sind.“ Dann dürfe sich Deutschland nicht wegduckeln, wenn es ums Helfen geht. Dabei zeige die aktuelle Lage, dass etwa die Politik Russlands und Chinas eine Herausforderung oder sogar eine Gefahr darstelle. „Das nicht zu sehen, reicht schon sehr an Verweigerung der Realitätswahrnehmung heran.“

Es gebe zu viele Soldaten, die sich seit zehn oder mehr Jahren auf einer Stelle und an einem Ort eingerichtet hätten. Dann übernehme Routine das Kommando. „Das möchte ich in Bewegung bringen und die Rotation der Organisation befördern“, sagte der Vizeadmiral. Die Marine hat den Angaben zufolge rund 16 300 Soldaten in ihren Reihen, davon sind etwa 1 500 im Einsatz.



Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach hat im März das Amt des Inspektors der Deutschen Marine übernommen. Foto: Wüstneck/dpa

In den vergangenen Monaten seien Marine-Rüstungsaufträge in Milliardenhöhe genehmigt worden. „Meine Aufgabe ist die Integration des Personals in diese Waffensysteme“, betonte Schönbach. Dabei spiele die Ausbildung junger Menschen die zentrale Rolle. Deren Rekrutierung sei aber durch die Corona-Pandemie ins Hintertreffen geraten. In welcher Größenordnung, werde sich erst in ein bis zwei Jahren herausstellen.

Körperliche Defizite

Dabei seien die körperlichen Defizite, die viele junge Menschen mitbringen, „seine einzige wirkliche Sorge“, sagte Schönbach. Es benötige nun wesentlich mehr Zeit, sie auszubilden. Um auf einem Schiff der Marine Dienst machen zu können, sei aber körperliche Fitness unabdingbar, betonte er.

Dabei täuschten sich viele Beobachter, wenn sie glauben, dass die Rekruten nicht willens seien, sich fordern zu lassen, sagte der 56 Jahre alte Schönbach, der in seiner Laufbahn unter anderem auch Kommandeur der Marineschule Mürwik war. Es gelte, eine Balance zu finden: „Was können die Menschen, was müssen wir ihnen zumuten?“ Gleichzeitig müsse auch angesichts von möglichen Einsätzen klar gesagt werden: „Es ist keine Fürsorge, ihnen nichts abzuverlangen. Das wäre sogar sträflich, denn sie müssen bestehen.“ (dpa/tra)

„Otto Schülke“ ist zurück auf Norderney

Ehemaliger Rettungskreuzer soll künftig als Museumsschiff im Hafen der ostfriesischen Insel liegen

NORDERNEY. Nach rund 24 Jahren ist der ehemalige Rettungskreuzer „Otto Schülke“ als Museumsschiff zurück an seinen früheren Einsatzort nach Norderney gekehrt. Trotz stürmischer See überführte eine vierköpfige Besatzung aus erfahrenen Seeleuten das 52 Jahre alte Schiff am Samstagmittag von einer Werft in Hooksiel bis nach Norderney. „Die Überfahrt dauerte mehrere Stunden“, sagte Björn Bornschein vom Verein „Museumskreuzer Otto Schülke“.

Im Hafen empfingen Bornschein zufolge am Samstag nachmittag etwa 500 begeisterte Besucher den Kreuzer. Zahlreiche Schiffe, darunter auch aktuelle Rettungsschiffe der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), begleiteten die „Otto Schülke“. Künftig soll sie als Museumsschiff im Hafen der ostfriesischen Insel liegen.

Der Verein bemüht sich seit 2017 um den Erhalt des historischen Rettungsschiffs. „Die ‚Otto Schülke‘ gehört einfach zum Hafen von Norderney dazu“, sagte der Vorsitzende Born-



Begleitet von aktuellen Rettungsschiffen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) kehrte der frühere Rettungskreuzer „Otto Schülke“ zurück an seinen früheren Einsatzort. Foto: Bartels/dpa

schein. Schon als kleiner Junge habe ihn das Schiff mit dem orangenen Anstrich fasziniert. Dass der Rettungskreuzer nun nach Norderney zurückkehre, stimme die 143 Vereinsmitglieder euphorisch, sagte Bornschein.

Die „Otto Schülke“ wurde 1969 gebaut und war von da an bis 1997 auf Norderney stationiert. In den fast 30 Dienstjahren rettete die Besatzung des Seenotrettungskreuzers nach Angaben des Vereins zahlreiche Menschen aus Seenot. 1997